



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
25.04.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Denis Häder	Ausschussvorsitzender Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Harald Bartl	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Hajek, Teilnahme ab 17:06 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Peinhardt
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Frau Hintz
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Marko Rupsch	Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Steffen Ahrens	Sachkundiger Einwohner
Martin Bauersfeld	Sachkundiger Einwohner
Lothar Dieringer	Sachkundiger Einwohner
Susanne Krohn	Sachkundige Einwohnerin, Teilnahme ab 17:14 Uhr
Mark Lange	Sachkundiger Einwohner
Nicole Ramin	Sachkundige Einwohnerin
Anton Schumann	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Martina Wildgrube	Referentin für Ordnung und Sicherheit
Lothar Rochau	Strategische Steuerung
Dr. Petra Sachse	Leiterin Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Olaf Kummer	Stadtplaner
Sarah Lange	Protokollführerin

Gäste:

Matthias Kretschmer	Regionalleiter, JOBLINGE gAG Leipzig
Erik Bock	Projektleiter/Unternehmenskoordinator, JOBLINGE gAG Leipzig
Stefan Rosinski	Geschäftsführer der Theater, Oper, Orchester Halle GmbH

Entschuldigt fehlten:

Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Anton Schumann	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder** eröffnet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Häder begrüßte die eingeladenen Gäste, Herrn Kretschmer, Herrn Bock und Herrn Rosinski; ihnen wurde in Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern das Rederecht erteilt.

Es gab keine weiteren Anmerkungen, so dass **Herr Häder** um Abstimmung der Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 28.03.2017
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2017/02764
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung
Vorlage: VI/2016/02589
- 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung
Vorlage: VI/2017/02888

- 5.2. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2017/02847
- 5.3. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des städtischen Gremiums „Runder Tisch Radverkehr“
Vorlage: VI/2017/02848
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. JOBLINGE - Projektvorstellung
 - 7.2. Kulturhauptstadt Europa 2025 – Informationen zur Arbeit des Beirates
 - 7.3. Gemeinsame Marketingaktivitäten von Universität und Stadt Halle (Saale) – Aktueller Sachstand
 - 7.4. Themenspeicher
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 28.03.2017

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 28.03.2017, so dass **Herr Häder** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Fortschreibung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2017/02764

Herr Stäglin führte anhand einer Präsentation in die Vorlage ein und erläuterte diese.

Anmerkung: Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Senius fragte, welche Auswirkung die Ermächtigungsgrundlage hat.

Herr Stäglich erläuterte, wenn ein Projekt laut Konzept nicht in einem Zentrumsbereich liegt, aber negative Wirkungen auf Zentrumsbereiche ermittelt wurden, dies dann auf Basis des Konzeptes abgelehnt werden kann.

Herr Senius fragte, ob die Ablehnung dann verbindlich ist.

Herr Stäglich sagte, dass die Verwaltung auf Basis des bestehenden Planungsrechtes zu entscheiden hat und dann die Möglichkeit besteht, ein Projekt nicht zuzulassen, weil es dem Planungsrecht widerspricht.

Herr Bauersfeld fragte, warum die Verwaltung das Konzept nicht selbst weiterentwickelt.

Herr Stäglich antwortete, dass die Bestandsaufnahme so umfangreich ist, dass die Verwaltung die Erarbeitung nicht alleine umsetzen kann.

Herr Bernstiel fragte, ob das Einzelhandels- und Zentrenkonzept eine Kann-Bestimmung ist.

Herr Stäglich sagte, dass ein solches Konzept für eine Stadt nicht verpflichtend ist.

Herr Senius fragte, ob ein solches Konzept auch in anderen vergleichbaren Städten zur Anwendung kommt.

Herr Stäglich teilte mit, dass solche Konzepte deutschlandweit genutzt werden.

Frau Nagel fragte, ob die Umlandproblematik im Einzelhandel- und Zentrenkonzept aufgegriffen wird, beziehungsweise inwieweit eine Abstimmung in der regionalen Planungsgemeinschaft erfolgt.

Herr Stäglich antwortete, dass die Stadt zunächst selbst eine Bestandsaufnahme machen muss. Im Anschluss wird dann betrachtet, wieviel Kaufkraft ins Umland abfließt.

Zudem ist im Rahmen der Regionalplanung die Zielsetzung verdeutlicht worden, dass auf Landesebene mit den landesplanerischen Grundsätzen die Zentrenstruktur ausreichend definiert ist, dementsprechend nicht jeder Nahversorger in den Umlandgemeinden mit erhoben wird.

Herr Senius fragte, ob es bereits Stellungnahmen von Organisationen der Wirtschaft gibt, wie diese ein solches Einzelhandels- und Zentrenkonzept sehen und wie eine Fortschreibung in den Intervallen bewertet wird.

Herr Stäglich sagte, dass beispielsweise die IHK ein großes Interesse an einem solchen Konzept hat und auch die Handelsverbände der großen Ketten die Sinnhaftigkeit signalisieren.

Herr Senius fragte, ob die einschlägigen Wirtschaftsverbände bei der Erarbeitung des Konzeptes mit einbezogen werden.

Herr Stäglich antwortete, dass man die Fachexpertise mit einbeziehen will.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Häder** um Abstimmung der Vorlage bat.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Einzelhandels- und Zentrenkonzept auf der Grundlage einer aktuellen Datenbasis fortzuschreiben.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung
Vorlage: VI/2016/02589**

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Regelung der Beteiligung des Stadtrates und seiner Ausschüsse bei der Verkehrs-, Objekt- und Landschaftsplanung
Vorlage: VI/2017/02888**

Frau Nagel teilte mit, dass der Antrag eine umfängliche Änderung erfahren hat und bat um Zustimmung des eingebrachten Antrages.

Herr Senius erklärte den Änderungsantrag der SPD-Fraktion für erledigt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

1. Unter Berücksichtigung der in §6 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) getroffenen Festlegungen zu Wertgrenzen und Zuständigkeiten wird die Beschlussfolge für die Planung und Realisierung von Bauprojekten – Hoch-, Tief- und Gartenbau – wie folgt festgelegt:
 - a) ~~Grundsatzbeschluss~~ **Beschreibung von Verwendungszweck und Funktion der jeweiligen Investitionsmaßnahme im Rahmen der Projektbeschreibung im Haushaltsplan**
 - b) ~~Gestaltungsbeschluss~~ **Variantenbeschluss**
 - c) Baubeschluss
 - d) Vergabebeschluss

e) ~~Information zum Projektverlauf~~

- ~~f) Information zum Projektabschluss~~
- g) Beschluss zur nachträglichen Änderung Bei zehnpromtger (10%) Überschreitung der Vergabesumme ist ein ergänzender Baubeschluss erforderlich**

Die bisher praktizierte Berichterstattung zum Tiefbau wird fortgeführt und um die Berichterstattung zum Hochbau erweitert.

2. Die Beschluss- und Informationsvorlagen sollen enthalten:
 - a) ~~Grundsatzbeschluss:~~ **Beschreibung von Verwendungszweck und Funktion der jeweiligen Investitionsmaßnahme im Rahmen der Projektbeschreibung im Haushaltsplan:**
allgemeine Projektziele; Begründung des Projektes
 - b) ~~Gestaltungsbeschluss:~~ **Variantenbeschluss**
~~ergebnisoffene Voruntersuchungen zu verschiedenen Planungsvarianten; anschließende Beratung in den zuständigen Ausschüssen~~
 - c) Baubeschluss:
detailliert durchplante Variante entsprechend ~~Gestaltungsbeschluss~~ **Variantenbeschlusses**
 - d) Vergabebeschluss:
Aufstellung und Empfehlung entsprechend der Ausschreibung
 - e) ~~Information zum Projektverlauf:~~ ~~Detailliertere Ausführung der Quartalsmäßige Berichterstattung zu größeren Maßnahmen~~
~~Liste aller Beschlüsse, Informationen und Anfragen zum Projekt; Darstellung des Projektverlaufs; Erfüllung wichtiger Zwischenschritte; Schwierigkeiten bei der Projektumsetzung; Vergleich von Gestaltungsbefschluss und tatsächlicher Realisierung des Projektes sowie bzgl. geplanter und realisierter Kosten; Aktualisierung der Zeitschiene~~
 - f) ~~Information zum Projektabschluss:~~
~~Liste aller Beschlüsse, Informationen und Anfragen zum Projekt; Zusammenfassung zum Projektverlauf; vergleichende Darstellung: Gestaltungsbefschluss und Realisierung des Projektes sowie geplanter und realisierter Kosten und Termine~~
 - g) ~~Befchluss zur nachträglichen Änderung:~~
~~Darstellung gravierender Änderungen im Planungs- und Bauverlauf; Begründung der Veränderungen~~

3. §6 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird um einen Absatz wie folgt ergänzt:
„Unter Beachtung der festgelegten Wertgrenzen und Zuständigkeiten wird für die Planung und Realisierung von Bauprojekten – Hoch-, Tief- und Gartenbau – folgende Beschlussfolge verbindlich festgelegt:
 1. ~~Grundsatzbeschluss~~ **Beschreibung von Verwendungszweck und Funktion der jeweiligen Investitionsmaßnahme im Rahmen der Projektbeschreibung im Haushaltsplan**~~-Gestaltungsbeschluss~~
 2. **Variantenbeschluss**
 3. Baubeschluss
 4. Vergabebeschluss
 5. ~~Information zum Projektverlauf~~
 6. ~~Information zum Projektabschluss~~
 7. ~~Befchluss zur nachträglichen Änderung~~ **Erneuter Baubeschluss bei Überschreitungen von mehr als zehn Prozent (10%) der Vergabesumme.**

Herr Stäglich empfahl im Namen der Verwaltung, den Antrag abzulehnen, da jede zusätzliche Vorlage einen Mehraufwand und somit eine zeitliche Verzögerung mitsichbringt.

Herr Senius fragte, welche Risiken mit solchen Verzögerungen verbunden sind.

Herr Stäglin sagte, dass sich der Antrag auf die Realisierung von städtischen Projekten bezieht. Vor allem im Tief- und Gartenbau gibt es nur bestimmte Zeiten, in denen Arbeiten realisiert werden können, unter Einbeziehung der Witterungsbedingungen und Pflanzperioden.

Frau Nagel ergänzte, dass der Punkt b) Informationen beinhalten und es daher nicht zu zeitlichen Verzögerungen kommen kann, da diese auch kurzfristig eingebracht werden können.

Herr Stäglin erklärte, dass auch Informationsvorlagen im regulären Vorlagenlauf erstellt werden müssen.

Herr Dieringer fragte, was der zusätzliche Erkenntnisgewinn des Antrages ist.

Herr Häder berichtete, dass bei einigen Bauvorhaben nur eine Variante vorgestellt wurde und im Laufe des Realisierungsprozesses eingebrachte Verbesserungsvorschläge nicht berücksichtigt wurden, weil das Bauvorhaben verzögert oder höhere Kosten entstanden wären.

Frau Ernst hinterfragte, in welchen konkreten Fällen dies passiert ist.

Herr Häder antwortete, dass dies bei zahlreichen Hochwassermaßnahmen der Fall war und beispielsweise bei der Umgestaltung des Riveufers.

Herr Stäglin erinnerte, dass noch kein Baubeschluss zum Riveufer vorgelegt wurde, da noch an der Variante gearbeitet wird.

Des Weiteren sagte er, dass es schwer nachzuvollziehen ist, welche Bauvorhaben gemeint sind, denn bei den hinterfragten Bauvorhaben sind Änderungen im Zuge des übertragenen Wirkungsbereiches durch Entscheidungen der Verkehrsbehörde herbeigeführt wurden.

Herr Bauersfeld sagte, dass es in der Vergangenheit des Öfteren passiert ist, dass durch Zurückhalten von Informationen Varianten durchgesetzt wurden, die der Stadtrat nicht wollte. Beispielsweise beim Bauvorhaben der Robert-Wagner-Straße, bei der die Vorzugsvariante vom Stadtrat nicht befürwortet und daraufhin von der Verwaltung zurückgezogen worden ist. Allerdings wurde diese zurückgezogene Variante zwei Jahre später unverändert im Stadtrat wieder mit dem Hinweis eingebracht, dass die entsprechenden Fördermittel auslaufen und damit wurde diese Vorlage dann beschlossen.

Herr Stäglin sagte, dass von der Verwaltung immer eine begründete Vorzugsvariante vorgestellt wird. Dazu wird immer eine Liste beigefügt, in der weitere geprüfte Varianten aufgelistet sind, mit Kriterien weshalb diese Varianten nicht weiter verfolgt wurden.

Frau Ernst bat erneut um die Nennung der konkreten Beispiele auf denen der Antrag basiert.

Herr Häder beendete die Diskussion und bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis SKE: mit Patt abgelehnt

Abstimmungsergebnis SR: mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Unter Berücksichtigung der in § 6 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) getroffenen Festlegungen zu Wertgrenzen und Zuständigkeiten wird die Beschlussfolge für die Planung und Realisierung von Bauprojekten – Hoch-, Tief- und Gartenbau – wie folgt festgelegt:
 - h) Grundsatzbeschluss **im Rahmen der Haushaltssatzung**
 - i) **Information über die städtische Aufgabenstellung zur Entwurfsplanung**
 - ~~j) Gestaltungsbeschluss Variantenbeschluss~~
 - k) Baubeschluss
 - l) Vergabebeschluss
 - m) Beschluss zur nachträglichen Änderung
 - n) Information zum Projektverlauf
 - ~~e) Information zum Projektabschluss~~

2. Die Beschluss- und Informationsvorlagen sollen enthalten:
 - a) Grundsatzbeschluss **im Rahmen der Haushaltssatzung:**
Ausführliche Beschreibung von Verwendungszweck, Ziel und Funktion der jeweiligen Investitionsmaßnahme im Rahmen der Projektbeschreibung im Haushaltsplan;
~~allgemeine Projektziele;~~ Begründung des Projektes (**z.B. anhand übergeordneter Konzepte/vorhandener Prioritätenlisten**)
 - b) **Information über die städtische Aufgabenstellung zur Entwurfsplanung:**
Mitteilung über die konkrete Aufgabenstellung für die Planungen
 - ~~c) Gestaltungsbeschluss: Variantenbeschluss~~
ergebnisoffene Voruntersuchungen zu verschiedenen Planungsvarianten;
Stellungnahmen aller beteiligter Verkehrsträger und Interessenvertreter
 - d) Baubeschluss:
detailliert durchplante Variante entsprechend ~~Gestaltungsbeschluss~~
Variantenbeschluss
 - e) Vergabebeschluss:
Aufstellung und Empfehlung entsprechend der Ausschreibung
 - f) Beschluss zur nachträglichen Änderung: **erneuter Baubeschluss, wenn die Gesamtkosten zehn Prozent (10 %) der Vergabesumme überschreiten;**
Darstellung ~~gravierender~~ **der** Änderungen im Planungs- und Bauverlauf; Begründung der Veränderungen
 - g) Information zum Projektverlauf:
Liste aller Beschlüsse, Informationen und Anfragen zum Projekt; Darstellung des Projektverlaufs; Erfüllung wichtiger Zwischenschritte; Schwierigkeiten bei der Projektumsetzung; ~~Vergleich von Gestaltungsbeschluss~~ **Darstellung von Veränderungen zwischen Baubeschluss** und tatsächlicher Realisierung des Projektes sowie bzgl. geplanter und realisierter Kosten **und Begründung dazu;**
Aktualisierung der Zeitschiene
 - ~~h) Information zum Projektabschluss:~~
~~Liste aller Beschlüsse, Informationen und Anfragen zum Projekt; Zusammenfassung zum Projektverlauf; vergleichende Darstellung: Gestaltungsbeschluss und Realisierung des Projektes sowie geplanter und realisierter Kosten und Termine~~

3. § 6 der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird um einen Absatz wie folgt ergänzt:
„Unter Beachtung der festgelegten Wertgrenzen und Zuständigkeiten wird für die Planung und Realisierung von Bauprojekten – Hoch-, Tief- und Gartenbau – folgende Beschlussfolge verbindlich festgelegt:
 1. Grundsatzbeschluss **im Rahmen der Haushaltssatzung**
 2. **Information über die städtische Aufgabenstellung zur Entwurfsplanung**
 - ~~3. Gestaltungsbeschluss-Variantenbeschluss~~

4. Baubeschluss
5. Vergabebeschluss
6. Beschluss zur nachträglichen Änderung
7. Information zum Projektverlauf
- ~~8. Information zum Projektabschluss~~
1. **von mehr als zehn Prozent (10%) der Vergabesumme.**

**zu 5.2 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Errichtung eines innenstadtnahen Parkhauses
Vorlage: VI/2017/02847**

Herr Bernstiel brachte seinen Antrag ein und begründete diesen.

Herr Stäglich teilte mit, dass die Stellungnahme der Verwaltung vorliegt.

Herr Bernstiel ergänzte, dass in Magdeburg vergleichsweise doppelt so viele Parkplätze im innerstädtischen Bereich zur Verfügung stehen, in Leipzig sogar mehr als das Dreifache. Zudem stehen die Anzahl der Parkplätze in großem wirtschaftlichem Zusammenhang mit dem Tourismus und der Kaufkraft.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Häder** um Abstimmung des Antrages bat.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit dem Parkdruck in der südwestlichen Altstadt durch die Errichtung eines Parkhauses an hierfür geeigneter Stelle begegnet werden kann.
2. Der Prüfung unterzogen werden soll die Realisierung eines solchen Projektes (inkl. der zu erwartenden Kosten) sowohl durch Dritte als auch in Eigenregie der Stadt Halle (Saale).
3. Das Prüfergebnis nebst Handlungsvorschlag ist den Fachausschüssen bis zum 01. November 2017 zur Beratung vorzulegen.

**zu 5.3 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erweiterung des städtischen Gremiums „Runder Tisch Radverkehr“
Vorlage: VI/2017/02848**

Herr Bernstiel stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung.

Herr Häder bat um Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages auf Nichtbehandlung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Teilnehmerkreis des Gremiums wird erweitert. Dazu werden in Zukunft Vertreter von Verbänden, Vereinen und Interessengruppen, welche sich direkt mit dem Verkehrswesen im Stadtgebiet auseinandersetzen und davon betroffen sind, geladen.
2. Das Gremium trägt in Zukunft den Namen „Runder Tisch Verkehr“.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 JOBLINGE - Projektvorstellung

Herr Kretschmer und **Herr Bock** stellten anhand einer Präsentation das Projekt der JOBLINGE gAG vor.

Anmerkung: Präsentation ist in Session hinterlegt.

Herr Bauersfeld fragte nach den Hauptdefiziten der Jugendlichen.

Herr Kretschmer antwortete, dass die Jugendlichen, die an diesem Projekt teilnehmen, als schwer vermittelbar eingestuft sind.

Herr Bauersfeld fragte, ob dies an mangelnden Schulkenntnissen liegt.

Herr Kretschmer sagte, dass die Jugendlichen alle über einen Schulabschluss verfügen, dennoch mit überwiegend mangelhaftem Notendurchschnitt. Aus persönlicher Sicht sieht er die schulischen Leistungen nicht als Ursache für die erschwerte Vermittlung in eine Ausbildung, beziehungsweise Arbeitsbeschäftigung.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Kulturhauptstadt Europa 2025 – Informationen zur Arbeit des Beirates

Herr Rosinski informierte über den Zwischenbericht des Beirates zur Kulturhauptstadtbewerbung.

In den Beiratssitzungen habe man sich schwerpunktmäßig mit den zwei wesentlichen Fragen, die die EU beantwortet haben möchte, beschäftigt:

1. Was kann Halles Beitrag zur Zukunft der europäischen Kultur sein?
2. Welche künstlerischen und kulturellen Strategien benötigt Halle für das nächste Jahrzehnt?

Der Beirat beschäftigt sich mit Stadtkultur, Stadtstrategien und mit der Frage der strategischen Positionierung Halles. Dafür wurden drei Kompetenzfelder gewählt, die untersucht werden:

1. Kunst und Kultur
2. Wissen und Bildung
3. Teilhabe und Partizipation

Er sagte, dass ein kulturelles Stadtkonzept touristisch, wirtschaftspolitisch und auch für den Standortfaktor ganz maßgeblich ist, daher lautet die Kernfrage mit der man sich auseinandersetzt:

Welche Identität hat die Stadt Halle?

Die Schwäche der anderen Städte, die sich aktuell bewerben wollen ist, dass sie Vergangenheit verwalten und dabei relativ wenige Ideen für ihre eigene Zukunft äußern, in Hinsicht auf den prototypischen, innovativen Charakter.

In den Sitzungen hat sich herauskristallisiert, dass das Thema Vielfalt sehr wichtig ist und war für die Geschichte Halles, die auch die Schnittstelle zwischen Europa und Halle darstellen könnte. Dazu wird zu gegebener Zeit ein entsprechender Vorschlag unterbreitet, der bei einer Kulturhauptstadtbewerbung überzeugen soll.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Gemeinsame Marketingaktivitäten von Universität und Stadt Halle (Saale) – Aktueller Sachstand

Frau Ernst verwies auf die Antwort der Verwaltung für die kommende Stadtratssitzung am 26.04.2017.

Anmerkung: Die Stellungnahme ist in Session hinterlegt.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Themenspeicher

Frau Nagel bat um die Einladung des **TGZ Halle - Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH mit dem Hintergrund, wie sich das Wirtschaftsförderungskonzept der Stadt auf das TGZ Halle ausgewirkt hat.**

Die Anmerkung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

Frau Dr. Sachse teilte mit, dass das Dienstleistungszentrum einen neuen, zusätzlichen Schwerpunkt betreut: die Digitalisierung. Die Umbenennung erfolgte am 24.04.2017.

Der neue Aufgabenbereich basiert auf Breitbanduntersuchungen und wird zudem künftig die Beratung für das neue Förderprogramm „digital creativity“ umfassen.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Frau Nagel zur Digitalisierung

Frau Nagel fragte, ob nach der Umbenennung des Dienstleistungszentrums Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, die Aufgaben der Digitalisierung von Schulen und der Einsatz von neuer digitaler Technik in Schulen in deren Zuständigkeit fallen.

Frau Dr. Sachse verneinte dies.

Frau Ernst ergänzte, dass diese Aufgaben im Geschäftsbereich Bildung und Soziales bearbeitet werden und das Thema Digitalisierung als Querschnittsaufgabe betrachtet wird. Den zentralen Ansprechpartner für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger bildet das Dienstleistungszentrum Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Herr Häder beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Sarah Lange
Protokollführerin